

ChristgewerkschafterInnen in der Krise

Es braucht sie mehr denn je!

I. Das freigesetzte Wirtschaften

In den letzten Jahrzehnten war die Rede von einer Krise der Christgewerkschaften. Unklar war vor allem, ob das „hohe C“ noch zutreffe und eine christliche Grundorientierung der modernen Zeit angemessen sei. Diese Krise war ein Teil der Krise der christlichsozialen Bewegung insgesamt.

Hintergrund der Krise war eine Dominanz des Wirtschaftslebens in der Gesellschaft. Nach dem Fall des marxistisch geformten Kommunismus kam es zu einem faktischen Siegeszug des wirtschaftsliberalen Kapitalismus, vor dem kein Geringerer als Johannes Paul II. eindringlich gewarnt hat. Das privat gestützte Unternehmertum trat in den Vordergrund. Um dessen Kraft möglichst frei zur Entfaltung zu bringen und– soweit erforderlich - durch den gleichfalls freien Markt regeln zu lassen – wurde konsequent „privatisiert“ und damit auch

entstaatlicht. Der Staat zog sich aus dem Wirtschaftsleben immer mehr zurück. Deregulierung war das Programm eines freigesetzten Wirtschaftens.

Gier

Im Rahmen dieser neuen wirtschaftlichen Freiheiten stellten sich zunächst auch spürbare Erfolge ein. Doch nach und nach zeigte sich die dunkle Seite Menschen in dieser freigesetzten Wirtschaft. Ungedrosselt konnte sich das entfalten, was der französische Kulturanthropologe Rene Girard das dunkle Begehren, somit Gier, und diesem entspringend Rivalität, also beinharte Konkurrenz nannte. Es ist jenes Begehren, vor dem selbst das zehnte der zehn Gebote Gottes – offenbar nicht grundlos – eindringlich warnt: „Du sollst nicht begehren“ und zählt dann als mögliche Objekte des Begehrens Weib und Besitz auf.

Die Entwicklung der Finanzmärkte und des Wirtschaftens in den letzten Jahrzehnten scheint Girard in bedrückender Weise Recht zu geben.

Zwar tarnte sich das Wirtschaften mit einer verheißungsvollen Erfolgsgewißheit, die letztlich allen nütze.

Durchgesetzt hat sich aber auf dem Boden dieser Freiheit immer mehr eine Gier nach immer mehr Gewinn an sich, verbunden mit einer fatalen Spielsucht auf virtuellen Märkten, auf denen Geschäfte sogar mit unwirklichen Gütern betrieben wurden. Eine riesige Blase bildete sich, die schließlich platzte.

Rasch wurde inzwischen erkennbar, dass diese Art des Wirtschaftens einigen wenigen enorm nützte. Für das Einkommen, das ein Spitzenmanager einer Bank in einem Jahr bezieht, müsste eine Krankenschwester 800 Jahre, der Bezieher eines Mindesteinkommens 1500 Jahre arbeiten. Es waren eben solche Spitzenverdiener, welche die Finanzmärkte und die Weltwirtschaft in jene Krise stürzten, deren Ausgang wir noch immer nicht abschätzen können.

Bei diesen Analysen wird freilich gern übersehen, dass wir dieses System alle mitgestützt haben, letztlich durch jene dunkle Gier, die nicht nur in den Großgewinnern steckte, sondern auch in uns selbst. Bis tief in die Gewerkschaften hinein hat sich eine Logik durchgesetzt, das fragwürdige System aus Eigeninteressen zu stützen. Wir müssten alle mehr verdienen, so der ständig wiederkehrende Refrain in Gehaltsverhandlungen, weil sonst der Binnenkonsum erlahme, was der Wirtschaft schade und daraufhin die Arbeitsplätze bedrohe und ganze

Familien mit Kindern in das neue Prekariat treibe. Wir haben auch munter allen Kaufanreizen nachgegeben, die uns über die Mode angedient worden sind. Wir haben uns die Hände gerieben, dass wir unsere alten Autos prämiert verschrotten konnten und so zu einem neuen Modell kamen.

Güter vor dem Lebensdienlichen

Noch mehr: Wir haben in Europa ein Wertesystem, das den toten Gütern einen weit höheren Stellenwert einräumt als allem Lebensdienlichen. In der Europäischen Wertestudie wird immer wieder die Frage gestellt, was moralisch unter keinen Umständen sein dürfe. Euthanasie, Ehescheidung, Abtreibung sind Tätigkeiten, gegen die es in Europa nun wenig Widerstand gibt. Aber ein parkendes Auto zu beschädigen gilt als moralisch höchst verwerflich. Man müsste heute fast das Glück haben, als Auto zur Welt zu kommen, dann wäre man moralisch gut geschützt. Einen für die Gewerkschaften nicht belanglosen Beleg bildet eine Konsequenz aus diesem Vorrang der toten Güter vor allem Lebensdienlichen. Wer nämlich Panzer oder Microchips produziert, verdient gut. Wer aber Aufgaben im Bereich des Lebensdienlichen übernimmt, fällt in den Niedriglohnbereich: Mütter und Väter, Tagesmütter, Kindergärtnerinnen, Grundschullehrerinnen, Krankenschwestern, ambulante Pflegekräfte. Zumeist sind es Frauen, die in diesen Bereich angesiedelt sind. Frauen zahlen

also die Zeche für die Niedrigbewertung des Lebensdienlichen und die Überbewertung der Produktion materieller Güter.

Wir alle zahlen die Zeche

Nun stecken wir also in einer tiefen Weltwirtschafts- und Finanzkrise. Und das Tragische: Die nunmehr ausgebrochene Krise zahlen wir alle mit: Der Gewinn wird privatisiert, die Kosten sozialisiert. Noch mehr, die von relativ wenigen akut verursachte Megakrise wird durch die Steuern der vielen kleinen Leute abzufangen versucht. Ob mit Erfolg, muss sich erst zeigen.

II. Die Alternative

Unsere Analyse ist bislang einseitig gewesen. Nur eine Seite des Menschen, sein dunkles Begehren, das sich in die Gier verdichtet, wurde schonungslos benannt und aufgedeckt.

Aber der Mensch ist mehr als Enge. Er sucht die Weite. Er ist mehr als Gier. Er ist auch Liebe, die in politischer Sprache zur Solidarität wird. Solidarisch zu sein ist eine Grundbegabung auch und gerade moderner Menschen. Wir haben die Menschen in Österreich befragt, was das Wichtigste ist, was Kinder lernen müssen. Früher sagten die Menschen im Land: gehorchen – und so haben sich viele in diesem Land willig den todbringenden faschistischen

Führern unterworfen. Heute sagen sie, erfreulicher Weise: teilen können. Solidarisch zu sein steht in einem guten Ruf im Land.

Aber es ist ähnlich wie beim "religiös sein", das auch einen guten Ruf genießt. Aber es gelingt uns praktisch eher, mit den Menschen um uns solidarisch zu sein, den Freunden, der Familie. Schon geringer ist die solidarische Kraft im gesellschaftlichen Mittelfeld, etwa wenn es um Arbeitsplätze geht. Ganz klein wird unsere Bereitschaft bei vielen, wenn es um die Fremden geht: „Das Hemd ist uns näher als der Fremde.“. Zudem ist vom Wunsch zur Tat ein gar weiter Weg. Auf diesem erstickt der Wunsch nach Solidarität in einem Dschungel von Ängsten: Der Angst vor dem zu schwachen Ich, der Angst vor dem eigenen Minderwert, der Angst, in einem knappen Leben mit dem Wunsch nach dem optimal leidfreien Glück in der Liebe, in der Arbeit und im Amüsement zu kurz zu kommen.

Es ist politisch eine Tragödie, dass diese Angst nicht durch eine solidarische Politik gemindert, sondern zum Maximieren der Wählerstimmen noch zusätzlich geschürt wird. Staatspolitische Weitsicht wird kurzfristiger parteipolitischer Taktik geopfert worden.

Dennoch: Alle diese Zusammenhänge dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass es in allen Menschen ein Potential für liebende Solidarität gibt. Dabei meint hier Solidarität jene Stärke

eines Menschen, mit der er sich einsetzt für einen offenen Zugang möglichst vieler zu den knapper werdenden Lebenschancen der einswerdenden Welt: also trinkbares Wasser, atembare Luft, nicht kontaminierte Erde, Familiengründung, Zugang zu Bildung und Arbeit, freie Religionsausübung.

Ist es nicht allein schon deshalb erforderlich, dass es Gewerkschaften gibt, und dass es auch christliche Gewerkschaften gibt?

- Gewerkschaften könnten Menschen dazu vernetzen, dass das Solidaritätspotential, das in den Menschen schlummert, gehoben und vor Missbrauch geschützt wird. Vernetzte Menschen, so unsere Studie über den Solidaritätsvorrat im Land aus den Jahren 1992 und 2002, sind faktisch solidarischer als Vereinzelte.
- Gewerkschaften tragen dazu bei, dass Solidarität nicht nur in akuter Not hilft. Das wird zwar in den kommenden Monaten immer dringlicher werden, wenn Menschen auf Kurzarbeit gesetzt werden, ihre Arbeit verlieren, ihre Schulden nicht mehr bezahlen können. - Aber Nächstenliebe als helfende Solidarität ist nur die eine Variante: Ebenso, ja noch mehr braucht es die „politische Nächstenliebe“. Papst Paul VI. hatte in der Sozialenzyklika Octogesimo adveniensi (also 80 Jahre nach der ersten

großen Sozialzyklika Leos XIII *Rerum novarum* aus dem Jahre 1891) betont, dass Politik die wirksamste Form der Nächstenliebe sei. Er meinte hier insbesondere Sozialpolitik.

- Das Markenzeichen von Christgewerkschaften ist es, aus letzten spirituellen Tiefen jene Angst des Menschen zu heilen oder wenigstens zu mildern, welche verursacht, dass der starke Wunsch nach Solidarität in einem Dschungel von Ängsten erstickt.

Das Christliche der Christgewerkschaften kommt aber nicht zuletzt in einigen unverrückbaren Positionen zum Ausdruck, welche in der Christlichen Soziallehre seit Jahrzehnten formuliert und stets weiterentwickelt worden sind. Eben diese Christliche Soziallehre erlebt in der derzeitigen Krise eine wahrliche Hochkonjunktur. Diese Positionen sind allen Menschen guten Willens zugänglich. Doch haben Sie ihre letzte Verankerung in einem menschenfreundlichen Gott, dessen innerstes Wesen die Liebe ist. Gestützt darauf vertraut die Katholische Soziallehre, dass es in jedem Menschen guten Willens ein Potential liebender Solidarität gibt, an das in der konkreten Politik appelliert werden kann. Das macht um der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit willen auch Kooperation über parteipolitische Grenzen hinweg nicht nur möglich, sondern fordert diese geradezu heraus.

Ich nenne nur die zentralen Positionen, die in der gegenwärtigen Krise schützende Leitplanken sind, und die uns davor bewahren können, dass als Pendelschlag zum scheiternden Neoliberalismus ein Neumarxismus Aufwind erhält.

1. Alles Wirtschaften dient dem Wohl aller Menschen und nicht der Stillung dunkler Gier weniger.
2. So sehr für modernes Wirtschaften eine optimale Freiheit des Unternehmerischen erforderlich ist gilt der alte Satz von Jean Baptiste Lacordaire (19.Jh.): „Man muss der Freiheit immer Gerechtigkeit abringen“. Es ist also bei aller Freiheitlichkeit sicherzustellen, dass das Gemeinwohl das oberste Ziel ist, also Gerechtigkeit für möglichst viele.
3. Das heißt mit anderen Worten: So wichtig das Prinzip der freiheitssichernden Subsidiarität ist: es braucht dieses Prinzip stets die Korrektur durch das ebenso unverzichtbare Prinzip der Solidarität. Ein zentrales Anliegen der christlichen Sozialdoktrin ist daher eine schöpferische Balance von Freiheit und Solidarität.
4. Um diese Balance zu sichern, braucht es eine Art ständiger „Option für die Armen“, also die wirtschaftlich Schwächeren. Dazu werden zumeist Menschen ohne jegliche eigene

Schuld. Fehlt beispielsweise eine ausreichende Bildung, ist der Absturz in die Armut weitaus wahrscheinlicher als wenn jemand buchstäblich von Haus aus bessere Bildungschancen mitbringt. Eine Politik gegen unverschuldete Verarmung verlangt daher, die Themen mehr Bildungschancen für alle, vielleicht auch Grundsicherung für die Schwächeren, oder aber auch Einsatz gegen das Überflüssigwerden ganzer Bevölkerungsgruppen in reichen Gesellschaften - wie Pflegebedürftige, Menschen mit Behinderung, Sterbende, Langzeitarbeitslose, Kinder.

5. Christlich ist schließlich nicht provinziell: sondern europäisch, ja international. Für Christen gibt es daher nur die eine Welt. Ein dumpfer nationaler Egoismus, eine Festung Europa, die sich gegen die andrängenden Armen militarisiert abschottet widersprechen dem Grundsatz aller monotheistischen Religionen: Weil nur ein Gott ist, ist jede, ist jeder eine von uns. Gerade Christgewerkschafter werden sich daher künftig immer mehr europäisch, ja weltweit organisieren. Sie müssen zu den wirkmächtigen global players aufrücken, wollen sie ihren Horizont nicht unchristlich einengen.

III. Finale

Der griechische Schriftsteller Philostratos berichtet von einem schrecklichen Wunder, das sich in der griechischen Stadt Ephesus zugetragen haben soll. Dort wütete die Pest. Da verhiess der Guru Apollonius von Tyana den Bewohnern der in die Enge getriebenen Stadt Rettung.

»Seid zuversichtlich! Noch heute werde ich der Seuche ein Ende machen.«

Er führt die Jugend vor das Heraklesdenkmal.

Dort trafen auf einen „alten Mann, der zu betteln schien und kunstfertig mit den Augen zu blinzeln verstand. Er trug einen Ränzel mit einem Stück Brot darin, war in Lumpen gehüllt und hatte ein schmutziges Antlitz“

Apollonius aber forderte sie auf, im Bettler den Verursacher der Pest zu sehen und zu steinigen.

»Hebt Steine in großer Menge auf und bewerft damit den Feind der Götter!«

Zögerlich fingen alsbald auch ferner stehende an, Steine zu werfen. Der Zorn der Menge steigerte sich immer mehr und bald war der Bettler von einem Berg von geschleuderten Steinen erschlagen.

Wir haben hier ein klassisches Muster eines Sündenbockes vor uns. Schon im Alten Testament wurde dieser mit der Schuld des Volks beladen in die Wüste und damit in den Tod geschickt. Das Volk konnte daraufhin weiterleben und neuerlich Schuld auf sich laden.

Ein wenig erinnern diese Sündenbockgeschichten an unseren Umgang mit der derzeitigen Krise. Wir machen die Manager zu Sündenböcken. Und sind genug davon in die Wüste geschickt, hoffen wir, dass wir weitermachen können wie bisher. Wollen wir wirklich eine Änderung unseres Systems, das auf der Gier und nicht auf der Solidarität aufbaut?

Das wäre das Herzstück christlicher Gewerkschaften: eine Umkehr zu einer Sozialpolitik zu fordern und mitzugestalten, die den Menschen und das Wohl der großen Zahl in die Mitte rückt und damit das vorherrschende System der Gier überwindet. Ob eine solche Zivilisation der Gerechtigkeit, eine Zivilisation liebender Solidarität eine Chance erhält? Starke christliche Gewerkschaften, die ihre christlichen Wurzeln neu stärken, könnten dazu nachhaltig beitragen.